

1. Meldung der Parlamentskorrespondenz vom Lehrlingsparlament 05/2025

Betriebliche Lehrlingsausbildung: Regierung plant Einführung neuer Pflichten für Lehrlinge

Ausschuss des Lehrlingsparlaments diskutiert über vorgelegten Gesetzesvorschlag

Wien (PK) - Die Bestimmungen über die Pflichten der Lehrlinge wurden zuletzt 1978 geändert. Seither haben sich die Anforderungen an die Lehrlinge jedoch stark geändert. Deshalb soll es zu einer Änderung des Berufsausbildungsgesetzes kommen. Die entsprechende Regierungsvorlage stand heute im Ausschuss des Lehrlingsparlaments auf der Tagesordnung. Da zahlreiche Betriebe gute Erfahrungen mit der Einführung von Leitfäden über die Pflichten von Lehrlingen sowie mit deren Umgang im Betrieb gemacht hätten, sollen diese nun verpflichtend für alle Lehrbetriebe gesetzlich verankert werden.

Konkret sollen in den Leitfäden folgende Regelungen enthalten sein: Die vollumfängliche Erfüllung des Ausbildungsplans, sowie das Verhalten und der Umgang innerhalb des Betriebs gegenüber Kund:innen. Ein Ausbildungstagebuch sowie monatliche Präsentationen sollen den Lernerfolg in der Berufsschule dokumentieren. Weiters geplant sind ein halbjährliches Feedbackgespräch mit dem/der Lehrberechtigten über den Stand der Ausbildung sowie Maßnahmen im Fall eines Verstoßes gegen diese Regelungen. Diese sollen von einer Verwarnung bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses reichen können.

Diskussion im Ausschuss

Florian Michlmayer (Klub Weiß) sprach sich gegen eine Weitergabepflicht der Lernerfolge aus. Zudem sah er eine monatliche Präsentation für Lehrlinge kritisch. Dies würde zu viel Stress für Lehrlinge bedeuten. Den Vorschlag, bei Regelverstößen das Einkommen zu kürzen, bezeichnete Michlmayer als: „Schwachsinn“. Hier brauche es eine andere Lösung.

Emma Mayrhofer (Klub Orange) sprach sich ebenfalls gegen die Kürzung des Einkommens aus. Anstatt extremer Maßnahmen benötige es mehr Feingefühl. Auch

Mayrhofer gehen monatliche Berichtspflichten zu weit. Sie plädierte für Gespräche im Anlassfall, wie z.B. bei einem Abteilungswechsel.

Elena Ahammer (Klub Violett) sah die vollumfängliche Erfüllung des Ausbildungsplans und monatliche Feedbackgespräche positiv. Sanktionen bei Verstößen sollten hingegen betriebsintern und nicht gesetzlich geregelt werden.

Obwohl es Konsequenzen bei Verstößen brauche, seien Einkommenskürzungen nicht in Ordnung, betonte auch Laurin Kammerer (Klub Gelb). Was die vorgeschlagenen monatlichen Präsentationen betrifft, sei Feedback für den Lehrbetrieb zwar wichtig, diese sollten allerdings nicht zwingend in dieser Form ausgeführt werden müssen, so Kammerer. (Schluss) bog/mos/med